67. Jahrgang Nr. 360

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Dienstag, 5. August 1919

Die Internationale und die Kriegsgefangenen.

Eine Rede Otto Wels'. — Appell an die französischen Sozialisten.

Luzern, 4. August. (Schweiz. Dep.-Ag.)

Die zur Beratung der allgemeinen internationalen Politik von der internationalen Sozialistenkonferenz ernannte erste Kommission besprach zunächst die Lage der Kriegsgefangenen. Der deutsche Mehrheitssozialist Wels gab eine ausführliche Darstellung der Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich, und beklagte sich darüber, **daß deren Lage sich seit dem Waffenstillstand verschlechtert habe.** Er bat die französischen Sozialisten, alles zu tun, um die Rückkehr der Gefangenen zu beschleunigen, und dafür zu sorgen, daß ihr Los erleichtert werde, sobald einmal der Friedensvertrag ratifiziert sei und sie als freie Arbeiter bei den Wiederherstellungsarbeiten in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs tätig seien. Wels sprach auch von den **russischen Gefangenen,** die sich noch in Deutschland befinden, und betonte, daß es die Entente sei, die Deutschland verhindere, die Gefangenen nach Rußland zurückkehren zu lassen. Man müsse sogar befürchten, **daß die Entente die Gefangenen den reaktionären Generalen Denikin und Koltschak in die Arme treiben wolle.** In langer Aussprache, an der Vertreter fast aller anwesenden Nationen teilnahmen, brachten die französischen Sozialisten Renaudel und Longuet zum Ausdruck, **daß die französischen Sozialisten in dieser Hinsicht alles tun werden, was in ihrer Macht stehe.** Es wurde schließlich eine Unterkommission ernannt, die die Lage der Kriegsgefangenen in den verschiedenen Ländern untersuchen und der Vollversammlung eine Entschließung unterbreiten soll. Die erste Kommission ernannte einen siebengliedrigen Ausschuß, der eine Entschließung betreffend den Friedensvertrag, den Völkerbund und alle damit zusammenhängenden Fragen ausarbeiten soll. Darauf wurde die große Debatte über die **Stellungnahme der zweiten Internationale zur Revolution** und der Methode des Bolschewismus fortgesetzt. In ausführlichen Reden setzten Hilferding, deutscher Unabhängiger, Wels, deutscher Mehrheitssozialist, Eduard Bernstein, deutscher Unabhängiger, und Vandervelde (Belgien) ihre Ansichten auseinander. Die Kommission wird in einer Nachtsitzung die Debatte zu Ende führen. Die zweite Kommission, die sich mit dem Wiederaufbau der Internationale zu beschäftigen hat, nahm eine Erklärung über die Grundsätze an und genehmigte die neuen Statuten, die dem großen Kongreß im Februar unterbreitet werden sollen. Die Kommission nahm eine Entschließung Henderson an, die verlangt, daß zu gleicher Zeit mit dem Kongreß im Februar auch eine Vereinigung von parlamentarischen Vertretern der Arbeiter- und Sozialistenparteien einberufen werden soll.

*

Es ist zu begrüßen, daß Otto Wels den Luzerner Kongreß dazu benutzt hat, um aufs neue an die Hilfe der französischen Genossen bei der Verbesserung der Lage und der Heimbeförderung unserer Gefangenen zu appellieren. Wenn der sofortigen Rückkehr unserer Brüder die Herzlosigkeit der starren Formel des Friedensvertrages entgegensteht, daß erst nach der allgemeinen Ratifizierung mit der Heimsendung begonnen werden könne, dann muß wenigstens mit allen Mitteln versucht werden, die gegenwärtige Lage der Gefangenen zu verbessern. Mißverständlich ist, was der Delegierte Wels über die deutsche Hilfe beim Wiederaufbau gesagt hat. Die Rückgabe der Gefangenen darf nicht davon abhängig gemacht werden, ob Frankreich genügend freie Arbeiter zur Stelle hat oder nicht; Deutschland wird alles tun, was in seinen Kräften steht, um beim Wiederaufbau des Zerstörten zu helfen, deutsche Kriegsgefangene dürfen aber auf keinen Fall zum Verbleiben als Arbeiter gezwungen werden.

*

Eine Meldung des „Vorwärts" aus Luzern berichtet Näheres über die Kommissionsberatungen über den Wiederaufbau der Internationale. Danach hat der Delegierte der Unabhängigen, Dr. Hilferding, den angekündigten Sprengungsversuch tatsächlich unternommen; er machte das Verbleiben der deutschen U. S. P. in der zweiten Internationale von der Entfernung der deutschen Mehrheitssozialisten abhängig, wobei er von dem französischen Linkssozialisten Longuet sekundiert wurde. Crispien, der zweite Delegierte der Unabhängigen, plädierte sodann für die Annahme des **Diktaturprinzips.** Nach zwei Reden Bernsteins und Otto Wels' wurde der radikale Antrag von der Kommission mit allen gegen die eine Stimme Crispiens abgelehnt. Das ist das von uns vorausgesagte Resultat der unabhängigen Fronde. Ob es nun zu einer Spaltung der zweiten Internationale kommen wird, werden erst die Plenarverhandlungen zeigen.

Der Bulgare.

Der Bundesgenosse wie er ist.

Die Memoiren der Kriegsführer schwellen zu einer gewaltigen Literatur an. Daß unter der vielen Makulatur auch wertvolle Bücher sind, darf nicht in Abrede gestellt werden. Der ehemalige Kriegsminister v. Stein hat (bei K. J. Koehler, Leipzig) „Erlebnisse und Betrachtungen aus dem Weltkriege" erscheinen lassen, in dem auch die Bundesgenossen mit dem durch den Kriegsausgang ernüchterten Auge betrachtet werden. Wir geben nachstehend die Beurteilung der Bulgaren durch Herrn v. Stein wieder und wir stoßen uns dabei auch nicht an das schiefe verallgemeinernde Urteil, das der ehemalige Kriegsminister über die demokratischen Staaten fällt.

Die Redaktion.

Die Bulgaren waren in geschäftlicher Beziehung recht unbequem. Sie verlangten alles ohne Gegenleistung und glaubten dazu ein Recht zu haben. Ob ihnen in dieser Beziehung Zusicherungen gemacht sind, habe ich bis zuletzt nicht ergründen können. Sie konnten wichtige Bundesgenossen sein, solange sie kräftig und treu blieben. Daher mußte das an sich arme Land unterstützt werden. Bestechung und Eigennutz spielten ihre Rolle. Die Machthaber sorgten von Amts wegen für sich, wie das im Orient üblich und auch in demokratischen Staaten nicht ungebräuchlich ist. In Sofia hörte ich eine Erzählung von einem Minister, der gesagt haben sollte: „Der X. hat so und so viele Millionen gemacht, das ist unanständig. Aber ein paar Millionen möchte ich doch auch haben." Es war selbstverständlich, daß die abnehmenden Offiziere und Beamten von den Lieferanten Geld nahmen. Die Hauptlieferer waren Deutsche. Aber auch Oesterreicher suchten den Markt zu behaupten, bisweilen durch unsere Lieferungen an sie selbst.

Der Ministerpräsident Radoslawow und der Kriegsminister Reidenoff waren deutschfreundlich. Ihre Nachfolger haben eine zweifelhafte Rolle gespielt. Bulgarische Kameraden erzählten ganz offen, der Präsident Malinow und der Oberkommandierende Lukow hätten von der Entente Geld genommen und den Bolschewismus in das Heer getragen. Auch durften bulgarische Zeitungen die Nachricht, wir saugten das Land aus und erfüllten unsere Verpflichtungen nicht, verbreiten, ohne daß ihnen ernstlich entgegengetreten wurde. Die Dobrudscha-Angelegenheit bot günstigen Stoff für die Aufreizung gegen Deutschland. Der Verkehr mit unseren Truppen führte zu mancherlei Reibungen. Unser Oberkommandierender, General v. Scholtz, hat den Bulgaren in einer Rede deutlich die Wahrheit gesagt. Viel hat es aber nicht geholfen. Als Orientalen hatten sie andere Anschauungen als wir, ein unfertiges, noch in den Kinderschuhen steckendes Volk mit Bauernschlauheit und Eigennutz. Oft kamen sie mit Forderungen nach Ausrüstung und Bekleidung. Wir haben begründeten Verdacht, daß sie unsere Lieferungen nicht voll für den Krieg verwendeten, sondern für den Frieden zurücklegten. Tatsächlich war bisweilen Not an der Front. Die Leute liefen ohne Hosen und Stiefel umher, wie mir ihre Vertreter und auch der König mitteilten. Ich habe schließlich selbst nachsehen und die Lieferungen nicht mehr an die bulgarische, sondern an die deutsche Verwaltung gehen lassen. Das wurde aber sehr übel genommen. Hätten wir die Geldmittel der Entente gehabt, so hätten wir rücksichtslos geben können.

Die bulgarischen Truppen schlugen sich anfänglich gut. Viele sind bis zuletzt kriegstüchtig geblieben. Aber sie wollten nicht mehr angreifen, nur noch sich behaupten. Gerade die besten Divisionen hat Malinow dem Feinde als Gefangene ausgeliefert, um freie Hand zu behalten. Sonst würde es selbst nach dem Rückzug mit seiner Herrschaft bald zu Ende gewesen sein. Viele Führer und Offiziere sind uns bis zum Ende gute Kameraden geblieben. Aber sie haben es nie verstanden, weshalb ihnen nicht zum letzten Kampfe Unterstützungen gesandt sind. Wir hatten im ersten Augenblicke keine Truppen frei, und als sie freigemacht waren und aufmarschierten, war es zu spät. Eine treulose bulgarische Division hatte ihre Stellung aufgegeben und dem Feinde den Durchbruch ermöglicht.

Auch Bulgarien hat eine ernste Lehre erhalten. Zuerst unerfüllbar in seinen Forderungen, muß es jetzt auf Landesteile verzichten, die es schon in seinem sicheren Besitz wähnte. Aus der Vormacht auf dem Balkan ist nichts geworden. Serbien und Rumänien werden unbequeme Nachbarn bleiben, und der Balkan wird nicht zur Ruhe kommen. Trotzdem kann Bulgarien eine Zukunft haben. Es hat im eigenen Lande Raum genug, sich zu vermehren, und die Bauernbevölkerung ist lebenskräftig und einfach, bedarf aber der Erziehung. Mancher Kenner hält die Serben für die bessere und tüchtigere Volksgruppe; darüber fehlt mir das Urteil.

Den König, der dem Thron entsagt hat, habe ich kennen gelernt. Er macht bei Verhandlungen den Eindruck des klugen und in allen Sätteln gerechten Fürsten, für den er immer gegolten hat. Zu den Verhandlungen zog er den Kronprinzen hinzu, den er auch als seinen Geheimschreiber benutzt haben soll. Jedenfalls eine vernünftige Erziehung eines Prinzen zum künftigen Fürsten. Der Kronprinz machte trotz seiner Jugend den Eindruck eines verständigen und klugen Mannes. Er galt den Bulgaren als Bulgare, der König nicht. Als dieser eines Tages im Flugzeuge aufgestiegen war, wurde es von niemand beachtet. Als der Kronprinz dasselbe tat, erhob sich ein allgemeiner Schrei der Entrüstung, wie man den künftigen König von Bulgarien einer solchen Gefahr aussetzen könne. Dabei war der Kronprinz in Leibesübungen tüchtig und ein ebenso gewandter wie kühner Kraftwagenführer.

Trotz mancher Schwierigkeiten habe ich mit den Bulgaren gern zu tun gehabt. Mit ihrer Geschäftsschlauheit war doch eine gewisse Harmlosigkeit verbunden. Sie waren nicht

Nitti ratifiziert.

Es bleibt nichts anderes übrig.

Mailand, 5. August. (T. U.)

Ministerpräsident Nitti hat sich in seiner Besprechung mit dem zur Prüfung des Friedensvertrages eingesetzten parlamentarischen Ausschuß für die sofortige Ratifizierung ausgesprochen. **Die Ratifizierung durch das italienische Parlament werde von den Verbündeten gewünscht, und die Opposition wäre ohnehin unnütz, weil bestimmt mit der Annahme durch die drei Parlamente und der Vereinigten Staaten zu rechnen ist.** In den nächsten Tagen werden weitere Sitzungen des Ausschusses stattfinden. Die offiziellen Sozialisten gedenken in einem Bericht der Kommissionsminderheiten die Ratifizierung abzulehnen.

Paris, 5. August. (T. U.)

Der Generalberichterstatter der Friedenskommission der französischen Kammer, Louis Barthou, wird heute den Generalbericht über den Versailler Friedensvertrag der Kammer vorlegen. Der Bericht soll sehr umfangreich sein, und seine Verlesung werde gegen drei Stunden in Anspruch nehmen. Clemenceau empfing gestern den Präsidenten der Friedenskommission Viviani und Barthou, um mit ihnen wegen der Verlesung des Generalberichts Rücksprache zu nehmen.

Memels Schicksal.

Der Räumungsbeschluß der Alliierten.

Bern, 5. August. (T. K.)

Aus Paris wird gemeldet, daß der Höchste Rat der Alliierten in seiner gestrigen Sitzung die Räumung Memels durch die deutschen Behörden beschlossen hat.

Versailles, 4. August.

„Intransigeant" als einziges Blatt meldet, der Oberste Rat der Alliierten habe sich nicht über die Frage der militärischen Besetzung von Danzig einigen können. Danzig bleibe deshalb ohne militärische Besatzung.

Die Unruhen in Liverpool.

Fortgang der Streikkrawalle.

London, 4. August. (Reuter.)

Heute sind in Liverpool weitere militärische Verstärkungen angekommen. Man glaubt, daß bei den Unruhen in Liverpool **ein Schaden von 250 000 Pfund Sterling** und in Birkenhead ein Schaden von 300 000 Pfund angerichtet wurde. Im Laufe der Unruhen wurde ein Mann erschossen, zwei wurden durch Gewehrschüsse verwundet, 70 bis 80 Personen wurden verwundet, fast 400 Personen verhaftet. Ueber 100 Läden wurden zerstört und geplündert.

London, 4. August. (Reuter.)

Unterhaus. Auf eine Anfrage über den Polizeistreik sagte der Staatssekretär des Innern, Shortt: Die Lage habe sich nicht wesentlich verändert. Der Streik sei **eine Meuterei gegen die dem Publikum geschuldete Pflicht,** und die Regierung werde sich auf kein Kompromiß mit den Ausständigen einlassen. Die entlassenen Leute würden nicht wieder eingestellt werden.

London, 4. August. (Reuter.)

General Rawlinson hat sich nach Nordrußland eingeschifft, um die Räumung des Gebietes durch die Engländer zu überwachen.

Der Umbau in Ungarn.

Die Regierungsbildung. — Entwaffnung durch die Entente.

Wien, 5. August. (T. U.)

Graf Julius Andrassy, der sich hier aufhält, hat sich bereit erklärt, ein Koalitionskabinett aus zweckmäßigkeitsgründen zu unterstützen. Die Entente wird die ungarische Regierung erst anerkennen, nachdem sie den vollständigen Bruch mit den Bolschewisten vollzogen hat. Gleichzeitig mit den Rumänen sind die Truppen der Szegediner Regierung in Budapest eingerückt.

Wien, 5. August. (T. U.)

Aus Budapest wird gemeldet: Oberstleutnant Romanelli hat im Namen der italienischen Mission eine Note an die ungarische Regierung gerichtet, in der es heißt: „Infolge des Umstandes, daß in Budapest rumänische, also Ententetruppen eingezogen sind, um der Stadt Friede und Ruhe zu bringen, hat es die ungarische Regierung nicht mehr nötig, eine eigene große bewaffnete Militärmacht zu unterhalten, um die Ruhe zu gewährleisten, da für diesen Zweck die rumänischen Truppen zur Verfügung stehen. Ich halte es daher für notwendig, in Würdigung der Waffenstillstandsbedingungen und um jeden, der die Absicht hätte, Unruhe zu stiften, zu warnen, der ungarischen Regierung folgendes vorzuschlagen: **Das ungarische Heer muß auf den Stand gebracht werden, welcher in den Waffenstillstandsverhandlungen vom 13. November 1918 festgesetzt wurde.** Die Zivilbevölkerung der Stadt und des gesamten Landes muß aufgefordert werden, die Waffen in kürzester Zeit abzuliefern. Alle Feuerwaffen, Munition, Handgranaten und Explosivstoffe müssen abgeliefert werden, ausgenommen sind Jagdgewehre. Die Entwaffnung der roten Truppen hat unverzüglich zu beginnen. Ich wünsche fortlaufend über diese Maßnahmen unterrichtet zu werden."

Wien, 5. August. (T. K.)

Der Befehlshaber der in Budapest liegenden rumänischen Besatzungstruppen hat bekanntgegeben, daß König Ferdinand von Rumänien heute oder morgen in Budapest feierlich seinen Einzug halten wird.

Die „Times" über das Weißbuch. Die „Times" vom 2. August schreiben in einem Leitartikel, daß das am Mittwoch in Weimar veröffentlichte Weißbuch ein wertvoller Beitrag zur Geschichte sei. Die deutsche Regierung habe gut daran getan, die Tatsachen bekannt zu machen. Diese zeigten daß die Initiative zu den Friedensverhandlungen nicht von den Politikern ausgegangen sei, sondern von den Kommandanten im Felde.